

# „Omas gegen Rechts“ Waiblingen weiter sauer auf CDU: Das sagt Christina Stumpp



Von [Daniel Hertwig](#)

Veröffentlicht: 18.03.2025 13:52

**Waiblingen.** Auch fast einen Monat nach der Bundestagswahl und kurz vor Bildung einer neuen Regierung sind die Waiblinger „Omas gegen Rechts“ immer noch sauer auf CDU-Chef und Bald-Kanzler Friedrich Merz. Von den [551 CDU/CSU-Fragen](#) zur Finanzierung verschiedener Gruppen, darunter „Omas gegen Rechts“, fühlen sich die engagierten Frauen „diffamiert“. Sie erhielten, anders als in der Anfrage dargestellt, kein Geld vom Staat, sondern finanzieren ihre Aktivitäten aus Privatspenden - überwiegend aus eigener Tasche. Christina Stumpp, die Waiblinger Bundestagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Generalsekretärin, nimmt nun auf Anfrage unserer Redaktion Stellung zur Kritik.

Die „Omas gegen Rechts“ in Waiblingen haben drei Wochen nach der Wahl in einem Gespräch mit der Redaktion betont: Sie erhalten kein staatliches Geld. Haben sie für ihre Aktionen in Waiblingen Ausgaben, etwa für den Druck von Flyern, legen sie meist zusammen. Sie sind auch keine gemeinnützige Organisation, sondern eine ehrenamtliche und überparteiliche Initiative (auch der Verein „Omas gegen Rechts Deutschland“ ist [laut seiner Internetseite nicht gemeinnützig](#)). Und vor allem sorgen sich die Frauen aus Waiblingen sehr um die Demokratie.

Sie fühlen sich durch die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion „diffamiert“, sagt Ute Stöffler. Es sei so getan worden, als hätten die Deutschland-„Omas“ mit Steuergeldern Demos gegen das Vorgehen der Union organisiert, nachdem diese im Bundestag einen Antrag zur Migrationspolitik gestellt hatte, der nur mit den Stimmen der AfD durchgehen konnte. Der CDU-Landtagsabgeordnete Siegfried Lorek rief zum Wahltag [zu einer „Demo gegen links“ auf](#).

## Waiblinger „Omas gegen Rechts“ besorgt um gesellschaftliches Klima und Demokratie

Die „Omas gegen Rechts“ aus Waiblingen sehen das alles mit Sorge. Die Gesellschaft sei schon gespalten - und die 551-Fragen-Liste der CDU/CSU habe weiter dazu beigetragen. Was die Union wohl auch so beabsichtigt habe, meint Petra Zerrer. Sie fühlen sich in „ein falsches Licht gerückt“, sagt Heiderose Scheerer. Dabei wollen die Ehrenamtlichen „nur Gutes“, nämlich die Demokratie beschützen. Das ist ihr verbindendes Thema, auch wenn sie verschiedenen politischen Parteien anhängen.

Sie sehen die Anfrage der CDU/CSU-Fraktion als „Einschüchterungsversuch“, sagt Ute Stöffler. Zudem sollte eine solche Anfrage ihrer Ansicht nach ein Mittel sein, die Regierung zu kontrollieren, nicht zivilgesellschaftliche Gruppen.

## **Merz schweigt, Christina Stumpp antwortet: Sie sei „irritiert“**

Friedrich Merz beziehungsweise die Pressestellen der CDU und der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag haben auf eine Anfrage unserer Redaktion nicht reagiert. Geäußert hat sich dafür Christina Stumpp, Bundestagsabgeordnete aus Waiblingen und stellvertretende Generalsekretärin der CDU. Sie teilt mit: „Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie und verdient Anerkennung. Wer sich ehrenamtlich für seine Überzeugungen einsetzt, leistet einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs. Gleichzeitig gehört es zu den Kernaufgaben der Opposition, die Bundesregierung zu kontrollieren und für Transparenz zu sorgen. Genau diesem Zweck dient unsere Kleine Anfrage. Sie ist keineswegs als Einschüchterungsversuch zu verstehen, sondern als ein Instrument der parlamentarischen Kontrolle, das der Stärkung des Vertrauens der Bürger in den Staat dient. Hintergrund unserer Anfrage ist die berechtignte Sorge einer parteipolitischen Einflussnahme staatlich geförderter Organisationen.“

Christina Stumpp erklärt weiter: „In einer Demokratie muss es erlaubt sein, Fragen zu stellen – insbesondere dann, wenn es um den Umgang mit öffentlichen Geldern geht. Wer sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzt, sollte auch bereit sein, über die Herkunft und Verwendung seiner finanziellen Mittel Auskunft zu geben. Es ist irritierend, dass allein die Tatsache, dass wir als Opposition unserer Kontrollfunktion nachkommen, als Angriff auf die Zivilgesellschaft gewertet wird. Wenn die Mitglieder der ‚Omas gegen Rechts‘ aus Waiblingen betonen, dass sie keine staatlichen Fördergelder erhalten, ist diese Klarstellung zu begrüßen. Genau das ist das Ziel unserer parlamentarischen Arbeit: Transparenz herzustellen und offene Fragen zu klären.“

## **Bundesregierung auf 551 CDU/CSU-Fragen: „Verantwortung des Staates“**

Inzwischen hat auch die Noch-Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage [geantwortet](#). Sie schreibt: „Es ist die Verantwortung des Staates, im Rahmen einer wehrhaften Demokratie für den Erhalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einzutreten. Hierzu zählt auch die aktive und passive Förderung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements.“ Zu den vielen Einzelfragen der CDU/CSU-Fraktion zu den „Omas gegen Rechts Deutschland e.V.“ heißt es von der Regierung meist: „Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.“ In [einer Anlage](#) zu Fördermitteln, die an verschiedene Organisationen geflossen sind, heißt es bei „Verein Omas gegen Rechts Deutschland e.V.“: „Keine Treffer bei der Abfrage“.



Waiblingerin Gabriele Babarro Fernandez: Das ist auch ein Kompliment

Die „Omas gegen Rechts“ in Waiblingen wollen auf jeden Fall weitermachen. Sie treffen sich einmal im Monat, um ihre Aktivitäten zu besprechen - und auch, um sich auszutauschen, sich gegenseitig Mut zuzusprechen. Acht bis 15 Frauen sind es bei den Treffen im Karo. Seit der strittigen CDU/CSU-Anfrage haben sie fünf Neulinge gewonnen, erzählen sie. Und Gabriele Babarro Fernandez sieht in der 551-Fragen-Liste auch ein „Kompliment“. „Wir werden für stark gehalten.“ Männer dürfen sich auch gerne einbringen, sollten dann aber eine eigene Gruppe gründen, so die Waiblingerinnen. Gabriele Babarro Fernandez verspricht scherzhaft: „Wir empowern die!“